Übersetzung¹

Internationales Abkommen über die Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen

Abgeschlossen in Genf am 11. Oktober 1933
Von der Bundesversammlung genehmigt am 13. Juni 1934²
Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 17. Juli 1934
In Kraft getreten für die Schweiz am 15. September 1934

(Stand am 4. November 2016)

Seine Majestät der König von Albanien; der Deutsche Reichspräsident; der Bundespräsident der Republik Österreich; Seine Majestät der König der Belgier; Seine Majestät der König von Grossbritannien, Irland und der überseeischen britischen Territorien, Kaiser von Indien; Seine Majestät der König der Bulgaren; der Präsident der Republik Chile; der Präsident der Nationalen Regierung der Republik China; der Präsident der Republik Polen, für die Freie Stadt Danzig; der Präsident der Spanischen Republik; der Präsident der Französischen Republik; der Präsident der Griechischen Republik; Seine Hoheit Serenissimus der Regent des Königreichs Ungarn; der Präsident der Republik Lettland; der Präsident der Republik Litauen; Seine Hoheit Serenissimus der Fürst von Monaco; Seine Majestät der König von Norwegen; der Präsident der Republik Panama; Ihre Majestät die Königin der Niederlande; der Präsident der Republik Polen; der Präsident der Portugiesischen Republik; Seine Majestät der König von Schweden; der Schweizerische Bundesrat; der Präsident der Tschechoslowakischen Republik; Seine Majestät der König von Jugoslawien,

vom Wunsche geleitet, die Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels in vollkommenerer Weise zu sichern,

nach Kenntnisnahme der Empfehlungen, die in dem an den Völkerbundsrat gerichteten Bericht des Komitees für den Frauen- und Kinderhandel über seine Tätigkeit in der zwölften Session enthalten sind,

in dem Entschlusse, die Abrede vom 18. Mai 1904³ und die Abkommen vom 4. Mai 1910⁴ und vom 30. September 1921⁵ betreffend die Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels durch ein neues Abkommen zu vervollständigen, haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Es folgen die Namen der Bevollmächtigten)

BS 12 47; BBl 1934 I 870

¹ Der französische Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der französischen Ausgabe dieser Sammlung.

² AS 50 573

³ SR 0.311.31

⁴ SR 0.311.32

⁵ SR 0.311.33

die nach Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart haben:

Art. 1

Wer, um der Unzucht eines andern Vorschub zu leisten, zu unsittlichem Zwecke in einem andern Lande eine volljährige Frau oder ein volljähriges Mädchen, selbst mit deren Einwilligung, anwirbt, verschleppt oder entführt, soll bestraft werden, auch wenn die einzelnen Tatsachen, welche die Merkmale der strafbaren Handlung bilden, auf verschiedene Länder entfallen.⁶

Der Versuch ist ebenfalls strafbar. Dasselbe gilt, innerhalb der gesetzlichen Schranken, von den Vorbereitungshandlungen.

Im Sinne dieses Artikels umfasst der Ausdruck «Land» die Kolonien und Schutzgebiete des in Frage kommenden vertragsschliessenden Teiles sowie die seiner Oberhoheit unterstellten und die ihm durch Mandat anvertrauten Gebiete.

Art. 2

Die vertragsschliessenden Teile, deren Gesetzgebung nicht bereits ausreichen sollte, um die in dem vorhergehenden Artikel vorgesehenen strafbaren Handlungen zu bekämpfen, verpflichten sich, diejenigen Massnahmen zu treffen, die erforderlich sind, damit diese strafbaren Handlungen ihrer Schwere gemäss bestraft werden.

Art. 3

Die vertragsschliessenden Teile verpflichten sich, einander über jede Person des einen oder andern Geschlechts, die eine der in diesem Abkommen oder in den Abkommen von 1910⁷ und 1921⁸ betreffend die Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels vorgesehenen strafbaren Handlungen begangen hat oder zu begehen versucht hat, sofern die einzelnen Tatbestände, welche die Merkmale der strafbaren Handlung bilden, in verschiedenen Ländern verwirklicht wurden oder werden sollten, folgende Angaben (oder ähnliche Angaben, deren Bekanntgabe die innerstaatlichen Gesetze und Verordnungen gestatten) mitzuteilen:

- a. die Strafurteile mit sämtlichen anderweitigen Angaben, die über den Täter erhältlich gemacht werden können, beispielsweise betreffend seinen Zivilstand, seine Personenbeschreibung, seine Fingerabdrücke, sein Lichtbild, die über ihn vorhandenen Polizeiakten, die Art und Weise seines Vorgehens usw.
- b. Angaben über Ausschaffungs- oder Ausweisungsmassnahmen, die gegen ihn getroffen wurden.

⁶ Siehe Art. 196 StGB (SR 311.0).

⁷ SR 0.311.32

⁸ SR 0.311.33

Diese Urkunden und Angaben sollen den Behörden der beteiligten Länder in jedem einzelnen Falle unmittelbar und ohne Verzug durch die Behörden, die in Artikel 1 der am 18. Mai 1904⁹ in Paris getroffenen Abrede bezeichnet sind, zugestellt werden. Diese Übermittlung soll, soweit es möglich ist, in allen Fällen von festgestellter Zuwiderhandlung, von Verurteilung, Ausschaffung oder Ausweisung erfolgen.

Art. 4

Entsteht zwischen den vertragsschliessenden Teilen Streit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder der Abkommen von 1910¹⁰ und 1921¹¹ und kann dieser auf diplomatischem Wege nicht in befriedigender Weise beseitigt werden, so ist er gemäss den Bestimmungen zu erledigen, die über die Erledigung internationaler Streitfälle zwischen den Parteien in Kraft sind.

Bestehen keine solchen Bestimmungen zwischen den am Streite beteiligten Parteien, so werden diese den Streitfall einem Schieds- oder Gerichtsverfahren unterwerfen. Einigen sie sich nicht über die Wahl eines andern Gerichts, so werden sie den Streitfall auf Begehren einer von ihnen dem Ständigen Internationalen Gerichtshof¹² unterbreiten, sofern sie alle an dem auf diesen Gerichtshof bezüglichen Protokoll vom 16. Dezember 1920 beteiligt sind, andernfalls einem Schiedsgericht, das auf Grund des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907¹³ zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle bestellt wird.

Art. 5

Dieses Abkommen, dessen französischer und englischer Wortlaut in gleicher Weise massgebend sein soll, wird das Datum des heutigen Tages erhalten und bis zum 1. April 1934 jedem Mitglied des Völkerbundes und jedem dem Völkerbund nicht angehörenden Staate, der auf der Konferenz, die dieses Abkommen ausgearbeitet hat, vertreten war, oder dem der Völkerbundsrat eine Abschrift des Abkommens zu diesem Zwecke übermittelt hat, zur Unterzeichnung offen stehen.

Art. 6

Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sind dem Generalsekretär des Völkerbundes zu übermitteln, der die Hinterlegung allen Mitgliedern des Völkerbundes und den im vorhergehenden Artikel bezeichneten Nichtmitgliedstaaten bekannt gibt.

⁹ SR 0.311.31

¹⁰ SR 0.311.32

¹¹ SR 0.311.33

¹² Heute: dem Internationalen Gerichtshof (Art. 37 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes – SR 0.193.501).

¹³ SR 0.193.212

Art. 7

Vom 1. April 1934 an kann jedes Mitglied des Völkerbundes und jeder im Artikel 5 bezeichnete Nichtmitgliedstaat diesem Abkommen beitreten.

Die Beitrittsurkunden sind dem Generalsekretär des Völkerbundes zu übermitteln, der die Hinterlegung allen Mitgliedern des Völkerbundes¹⁴ und den im vorerwähnten Artikel bezeichneten Nichtmitgliedstaaten bekannt gibt.

Art. 8

Dieses Abkommen tritt sechzig Tage, nachdem der Generalsekretär des Völkerbundes zwei Ratifikations- oder Beitrittsurkunden entgegengenommen hat, in Kraft.

Es ist am Tage seines Inkrafttretens durch den Generalsekretär des Völkerbundes einzutragen.

Die späteren Ratifikationen oder Beitritte werden nach Ablauf einer Frist von sechzig Tagen, vom Tage des Empfangs durch den Generalsekretär an gerechnet, wirksam.

Art. 9

Dieses Abkommen kann durch Mitteilung an den Generalsekretär des Völkerbundes¹⁵ gekündigt werden. Die Kündigung wird ein Jahr nach Empfang wirksam und gilt nur für den vertragsschliessenden Teil, der gekündigt hat.

Art. 10

Jeder vertragsschliessende Teil kann bei der Unterzeichnung, der Ratifikation oder dem Beitritt erklären, dass er durch die Annahme dieses Abkommens keinerlei Verpflichtung hinsichtlich der Gesamtheit oder irgendeines Teiles seiner Kolonien, Schutzgebiete, überseeischen Gebiete oder der seiner Oberhoheit unterstellten oder ihm durch Mandat anvertrauten Gebiete übernimmt.

Jeder vertragsschliessende Teil kann späterhin dem Generalsekretär des Völkerbundes¹⁶ erklären, dass dieses Abkommen auf die Gesamtheit oder einen Teil der Gebiete, die den Gegenstand einer nach Massgabe des vorhergehenden Absatzes abgegebenen Erklärung bilden, Anwendung finde. Diese Erklärung wird sechzig Tage nach Empfang wirksam.

Jeder vertragsschliessende Teil kann jederzeit die im Absatz 2 vorgesehene Erklärung ganz oder teilweise zurückziehen. In diesem Falle wird die Zurückziehungser-

¹⁴ Nach der Auflösung des Völkerbundes ist das Generalsekretariat der Vereinten Nationen mit den hier erwähnten Funktionen betraut (vgl. BBl 1946 II 1222 1227 ff.).

¹⁵ Nach der Auflösung des Völkerbundes ist das Generalsekretariat der Vereinten Nationen mit den hier erwähnten Funktionen betraut (vgl. BBl 1946 II 1222 1227 ff.).

¹⁶ Nach der Auflösung des Völkerbundes ist das Generalsekretariat der Vereinten Nationen mit den hier erwähnten Funktionen betraut (vgl. BBl 1946 II 1222 1227 ff.).

klärung ein Jahr nach deren Empfang durch den Generalsekretär des Völkerbundes¹⁷ wirksam.

Der Generalsekretär des Völkerbundes¹⁸ gibt allen Mitgliedern des Völkerbundes und den in Artikel 5 bezeichneten Nichtmitgliedstaaten die in Artikel 9 vorgesehenen Kündigungen und die auf Grund dieses Artikels empfangenen Erklärungen bekannt.

Trotz der gestützt auf den ersten Absatz dieses Artikels abgegebenen Erklärung bleibt der Absatz 3 des Artikels 1 anwendbar.

Zu Urkund dessen haben die vorstehend erwähnten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

Geschehen in Genf, am elften Oktober eintausendneunhundertdreißig, in einer einzigen Ausfertigung, die im Archiv des Sekretariates des Völkerbundes niedergelegt¹⁹ werden soll und wovon beglaubigte Abschriften allen Mitgliedern des Völkerbundes und den in Artikel 5 bezeichneten Nichtmitgliedstaaten zugestellt werden sollen.

(Es folgen die Unterschriften)

¹⁷ Nach der Auflösung des Völkerbundes ist das Generalsekretariat der Vereinten Nationen mit den hier erwähnten Funktionen betraut (vgl. BBl 1946 II 1222 1227 ff.).

¹⁸ Nach der Auflösung des Völkerbundes ist das Generalsekretariat der Vereinten Nationen mit den hier erwähnten Funktionen betraut (vgl. BBl 1946 II 1222 1227 ff.).

¹⁹ Siehe Fussnote zu Art. 7.

Geltungsbereich am 4. November 2016²⁰

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung(N)		Inkrafttreten	
Afghanistan	10. April	1935 B	9. Juni	1935
Algerien	31. Oktober	1963 B	31. Dezember	1963
Australien	2. September	1936	1. November	1936
Norfolk-Insel	2. September	1936	1. November	1936
Belarus	21. Mai	1948 B	20. Juli	1948
Belgien	11. Juni	1936	10. August	1936
Benin	4. April	1962 N	1. August	1960
Brasilien	24. Juni	1938 B	23. August	1938
Bulgarien	19. Dezember	1934	17. Februar	1935
Chile	20. März	1935	19. Mai	1935
China				
Macau ^a	13. Dezember	1999	20. Dezember	1999
Côte d'Ivoire	8. Dezember	1961 N	7. August	1960
Finnland	21. Dezember	1936 B	19. Februar	1937
Frankreich	8. Januar	1947	9. März	1947
Griechenland	20. August	1937	19. Oktober	1937
Iran	12. April	1935 B	11. Juni	1935
Irland	25. Mai	1938 B	24. Juli	1938
Kamerun	27. Oktober	1961 N	1. Januar	1960
Kongo (Brazzaville)	15. Oktober	1962 N	15. August	1960
Kuba	25. Juni	1936 B	24. August	1936
Libyen	17. Februar	1959 B	18. April	1959
Luxemburg	14. März	1955 B	13. Mai	1955
Madagaskar	12. Februar	1964 B	12. April	1964
Mali	2. Februar	1973 B	2. April	1973
Mexiko	3. Mai	1938 B	2. Juli	1938
Nicaragua	12. Dezember	1935 B	10. Februar	1936
Niederlande	20. September	1935	19. November	1935
Aruba	20. September	1935	19. November	1935
Curaçao	20. September	1935	19. November	1935
Karibische Gebiete (Bonaire, Sint Eustatius und Saba)	20. September	1935	19. November	1935
Sint Maarten	20. September	1935	19. November	1935
Niger	25. August	1961 N	3. August	1960
Norwegen	26. Juni	1935	25. August	1935
Österreich	7. August	1936	6. Oktober	1936
Philippinen	30. September	1954 B	29. November	1954
Polen	8. Dezember	1937	6. Februar	1938
Portugal	7. Januar	1937	8. März	1937

²⁰ AS 1972 1638, 1983 29, 2005 761 und 2016 3857. Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA (www.eda.admin.ch/vertraege).

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung(N)		Inkrafttreten	
Rumänien	6. Juni	1935 B	5. August	1935
Russland	18. Dezember	1947 B	16. Februar	1948
Schweden	25. Juni	1934	24. August	1934
Schweiz	17. Juli	1934	15. September	1934
Senegal	2. Mai	1963 N	20. Juni	1960
Singapur	26. Oktober	1966 B	25. Dezember	1966
Slowakei	28. Mai	1993 N	1. Januar	1993
Südafrika	20. November	1935	19. Januar	1936
Sudan	13. Juni	1934 B	24. August	1934
Tschechische Republik	30. Dezember	1993 N	1. Januar	1993
Türkei	19. März	1941 B	18. Mai	1941
Ungarn	12. August	1935	11. Oktober	1935
Zentralafrikanische Republik	4. September	1962 N	13. August	1960

^a Vom 21. Okt. 1999 bis zum 19. Dez. 1999 war das Übereink. auf Grund einer Ausdehnungserklärung Portugals in Macau anwendbar. Seit dem 20. Dez. 1999 bildet Macau eine Besondere Verwaltungsregion (SAR) der Volksrepublik China. Auf Grund der chinesischen Erklärung vom 13. Dez. 1999 ist das Übereink. seit dem 20. Dez. 1999 auch in der SAR Macau anwendbar.